

25.06.96

Unterrichtung
durch die Bundesregierung

Mitteilung der Bundesregierung zu der Entschlieung des Bundesrates zur Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts

Manfred Kanther
Bundesminister des Innern

Bonn, den 21. Juni 1996

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ministerpräsident
Dr. Edmund Stoiber, MdL

Sehr geehrter Herr Präsident,

der Herr Bundeskanzler hat das Bundesinnenministerium als das für Fragen des Staatsangehörigkeitsrechts innerhalb der Bundesregierung federführende Ressort gebeten, Ihr Schreiben vom 24. November 1995, mit dem die Entschlieung des Bundesrates zur Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts vom 24. November 1995 *) bersandt wurde, zu beantworten.

In der Koalitionsvereinbarung für die laufende Legislaturperiode des Deutschen Bundestages ist vorgesehen, eine umfassende Reform des Staatsangehörigkeitsrechts vorzunehmen. Dabei sollen auch die rechtlichen Regelungen, die für die bei uns lebenden Ausländer die berechenbaren Grundlagen für ihre Lebensplanung bilden, weiter verbessert werden. Die im Einbürgerungsverfahren bisher vorgesehenen Ermessensentscheidungen sollen weitgehend durch Rechtsansprüche ersetzt und Fristen beim Erwerb der deutschen

*) Drucksache 745/95 (Beschluß)

Staatsangehörigkeit verkürzt werden. Diese Reform bietet die Möglichkeit, daß wir für Reformtendenzen innerhalb des Europarats und Harmonisierungsbestrebungen in der Europäischen Union offen bleiben.

Die Bundesregierung beabsichtigt, hierzu einen Gesetzentwurf vorzulegen.

Der erforderliche politische Abstimmungsprozeß innerhalb der Regierungskoalition wird intensiv betrieben. Dabei werden auch die in der EntschlieÙung des Bundesrates zum Ausdruck gekommenen Vorstellungen und Forderungen in die Beratungen einbezogen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'H. Kohl', written in a cursive style.